

38/80/40 99510
Flr

W I E N E R
SOZIALDEMOKRATISCHE
B Ü C H E R E I

**Kapitalistische
oder sozialistische
Steuerpolitik**

Wer soll die Steuern bezahlen?
Die Armen oder die Reichen?

Eine Rede von

Stadtrat Hugo Breitner



W I E N 1 9 2 6
VERLAG DER ORGANISATION WIEN
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI

80

40995

38180140995151

Flu

Masterfiche
vorhanden



111

Die bürgerliche Heze gegen die Gemeinde Wien.

Die kapitalistische Presse Wiens hat neuerlich mit einem heftigen Feldzug gegen die sozialistische Gemeindeverwaltung Wiens eingesetzt. Das Zeichen zur Heze gab der Wiener Gemeinderat Leopold Kunschak auf dem christlichsozialen Parteitag, der die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung beschuldigte, daß ihr „Steuerfahismus“ Wien zugrunde richte, daß auf jeden Kopf der Wiener Bevölkerung eine Steuerlast von 1.300.000 Kronen lasse, daß die Gemeindeverwaltung, statt sich an das Ausland zu verschulden, an ihrem Steuerhystem festhalte. Die Antwort auf diese demagogische Heze gab Stadtrat Breitner in seiner Rede zum Rechnungsabluß der Gemeinde Wien.

Die Antwort Breitners.

Es ist weder überraschend, noch unangenehm, daß wir den Gegenstand erbitterter, leidenschaftlicher Kritik bilden. Das beweist lediglich, daß die Sozialdemokraten tatsächlich und mit fühlbarem Erfolg andere Wege gehen als die der Vergangenheit. An dem Tage, an dem unsere Steuerpolitik den Beifall des Herrn Stadtrates Kunschak fände, täten wir besser, gleich seiner Partei auch die Last der Verwaltung zu überlassen. Es war und ist seit Ende 1918 die große entscheidende Frage, um die der Kampf in allen Ländern geht,

wer die Kosten des Krieges bezahlen soll.

Frankreich hat sich bis vor kurzem der Illusion hingegeben, daß Deutschland dieser Zahler sein und das eigene

Land überhaupt keine finanzielle Nachwirkung verspüren würde. Dieser Traum ist vorüber und seit Monaten kann die Welt beobachten, wie zwischen Großbürgertum auf der einen Seite und Kleinbürgertum und Arbeiterschaft auf der anderen Seite um die Verteilung der Steuerlast gerungen wird. In Deutschland hat die Uneinigkeit der Arbeiterklasse es bewirkt, daß der Achtstundentag durchlöchert wurde, daß die Aufwertung der Mieten den Reallohn ungeheuer herabgedrückt hat. In Italien hat der Faschismus die Gewerkschaften zertümmert und das Bürgertum von Steuerleistungen im weitesten Umfange befreit. Bei uns in Österreich war und ist die Sozialdemokratie stark genug, um ähnliche Attentate zu verhindern. Geröchel ist die Verarmung, in der uns dieser viereinhalbjährige Krieg zurückgelassen hat, so furchtbar, daß auch die breiten Massen der Bevölkerung darunter leiden müssen.

Es ist uns aber in Wien gelungen, die bestehenden Kreise in einem früher nie gekannten Umfange zum Steuerzahlen zu zwingen.

Das ist die einfache Erklärung für die bis zur Besinnungslosigkeit gehende Wut unserer Segner gegen das rote Wien!

Die „Division“ des Herrn Kunschak.

Der Herr Kunschak hat auf dem christlichsozialen Parteitag ausgerechnet, daß die Belastung der Wiener Bevölkerung für den Kopf und das Jahr 1,309.093 Kronen ausmache. Nur die Division ist richtig, aber alles andere falsch. Das ist ja eben das Merkzeichen der Wiener Gemeindesteuern und darin unterscheiden sie sich von dem christlichsozialen Abgabensystem der Vergangenheit, daß die Heranziehung der einzelnen Kreise der Bevölkerung eine durchaus verschiedene ist.

Was geht denn den Arbeiter und Angestellten die Hauspersonalabgabe an? Wer bis tief in den Mittelstand hinein kann sich zwei Hausgehilfinnen halten?

Das ist also gleich eine Steuer, die bei der Division ausgeschaltet werden müßte. Die Wiener zahlen nur in Ausnahmefällen Fremdenzimmerabgabe, wie schon der Name es besagt. Diese Post ist also offenbar nur durch ein Versehen in die Rechnung des Herrn Kunschak hineingerutscht. Weder Arbeiter und Angestellte, noch Klein-

gewerbetreibende haben ein Auto. Es ist also die mit 45 Milliarden Ertrag veranschlagte Kraftwagenabgabe aus der Berechnung gleichfalls auszuschneiden. Da sich Proletarier nur selten Reit- oder Equipagenpferde halten, kommt die Pferdeabgabe in Wegfall. Auch an den Kunstversteigerungen nehmen diese Preise keinen Anteil, deshalb berührt sie die Feilbietungsabgabe nicht. Sie betreiben kein konzessioniertes Gewerbe und bezahlen daher keine Konzessionsabgabe. Die Wertzuwachsabgabe, die Anzeigenabgabe, die Plakatabgabe hat mit den Massen der Wiener Bevölkerung nichts zu tun. Die Nahrungs- und Genußmittelabgabe wird, da zwei Drittel aller Betriebe nach dem Gesetze überhaupt abgabefrei bleiben müssen, fast ausschließlich von den oberen Schichten gezahlt. Das gilt auch in hohem Maße für die Lustbarkeitsabgabe. Dabei ist als ein weiteres Kennzeichen der Wiener Abgaben hervorzuheben, daß sie die lebenswichtigen Bedürfnisse freilassen und dort zugreifen, wo es sich um Aufwendungen anderer Art handelt. Die Arbeiter und Angestellten sind keine Grundbesitzer und zahlen daher keine Grundsteuer und keine Zuschläge zu den Immobilienabgaben. Auch die Zuschläge zu den Gebühren von Totalisator und Buchmacherwetten stammen gleichfalls nicht aus den arbeitenden Kreisen Wiens. Die Wohnbausteuer müssen allerdings alle entrichten. Dafür ist sie aber stufmäßig so aufgebaut, daß sie bei

den Kleinwohnungen mit dem Dreihundertfachen beginnt und bei den Großwohnungen in Villen und Palais mit dem Sechstausendfachen endet.

Wozes Dividieren führt daher, wie ich später noch an einem besonderen Beispiel zeigen werde, zu einem völlig falschen Ergebnis. Die Rechnung des Herrn Runschak stimmt also nicht! Ja, wenn einmal das Ideal der christlich-sozialen Steuergesetzgebung verwirklicht wäre, wenn alle Sondersteuern verschwunden und in die Warenumsatzsteuer umgewandelt sind, dann mag die einfache Division am Platze sein.

Die Warenumsatzsteuer des Bundes ist so geartet. Sie belastet das Stück Brot, das der Arbeitslose sich von seiner kaiserlichen Unterstützung kauft, ganz genau in demselben Maße, wie das Stück Brot, das jemand zum üppigen Mahle beim Sacher verzehret. Die Wiener Steuern aber zeigen ein ganz anderes Bild.

Der Rothschild des Herrn Kunschak.

Einige Fälle nur aus der erdrückenden Fülle des Materials. Gene Wiener Familie, deren Reichtum sprichwörtlich ist, zahlte an Hauspersonal-, Kraftwagenabgabe und Wohnbausteuer im Jahre 1925 6693 Millionen Kronen. Ferner an Fürsorgeabgabe vom Geschäftsbetrieb 1182 Millionen, zusammen also das nette Sümmchen von 7875 Millionen Kronen. Es handelt sich dabei insgesamt um etwa acht Personen. Da geht der durchschnittliche Schlüssel doch schon einigermaßen über die Errechnung des Herrn Kunschak hinaus.

Dieser eine Haushalt zahlt soviel wie bei dem bloßen Dividieren auf 6016 Wiener entfällt!

In der Vorkriegszeit allerdings — unter der korrekten Verwaltung der Christlichsozialen — hat es keine Hauspersonalabgabe, keine Autosteuer, keine Fürsorgeabgabe gegeben. Es existierte keine gestaffelte Skala der Wohnbausteuer. Die in Eigenbenützung stehenden Palais wurden lächerlich niedrig im Mietwert angenommen. Da war es also wohl richtig, daß auch diese Reichsten der Reichen nicht viel mehr gezahlt haben als jeder arme Teufel. Nicht einmal, wenn sie beim Sacher soupierten, da ja die so schauerhafte Nahrungsmittelabgabe noch nicht erfunden war. Nicht einmal, wenn sie zum Rennen fuhren oder in einer Theaterloge saßen, da ja die so fürchterliche Ausparkeitsabgabe nicht bestand.

Die Nachtlokale und die Judenblätter des Herrn Kunschak.

Ein anderes Beispiel: Acht Wiener Nachtlokale haben im Vorjahr 10.128 Millionen Kronen an Gemeindesteuern abgeliefert. Die nicht einzeln zu ermittelnde Inzeraten- und Plakatabgabe ist dabei nicht inbegriffen.

Die Wiener Arbeiter und Angestellten, die Kleingewerbetreibenden, die Ärzte, Lehrer, Rechtsanwälte, Professoren sind nicht die Besucher von Tabarin, Moulin rouge, Parisien oder Pavillon.

Aus diesen acht Lokalen wurden also nicht weniger als 7738 Kunschakische Steuereinheiten herausgeholt. Die beiden auf dem Inzeratengebiet maßgebenden Wiener Blätter (es handelt sich um das „Neue Wiener Tagblatt“ und die „Neue Freie Presse“ Unt. d. Red.) haben

Im Jahre 1925 für sich und ihren Konzern an Gemeindeabgaben 20.424 Millionen Kronen bezahlt. Vielleicht liegt darin auch das Geheimnis, warum die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung eine so schlechte Presse hat. Diese zwei Blätter zahlen also die Gebühr, die beim bloßen Dividieren auf 15.602 Einzelpersonen entfällt.

Der wirkliche Steuerfahdismus!

In der Vergangenheit hat es allerdings ein bißchen anders ausgesehen.

Vom Mietzins sind rund 42 Prozent auf öffentliche Ausgaben entfallen. Eine jener luft- und lichtlosen Wiener Proletarierwohnungen hat monatlich zumindest 30 Kr. gekostet. Ein solcher Mieter hat damit die hohe und ihm vielfach kaum bekanntgewordene Auszeichnung genossen, unter den verschiedensten Titulaturen 12 Goldkronen 60 Heller als öffentliche Ausgaben zu bezahlen.

Dieser Betrag ist in die Kassen des Staates, des Landes, der Gemeinde geflossen. Der Staat hat seine Realsteuern an Wien abgetreten, das seither Land geworden ist und auch diesen Pflichtenkreis befragt. Was wäre näher liegend gewesen, als diese 12 Goldkronen 60 Heller oder jährlich 151 Goldkronen 29 Heller zu valorisieren? Das hätte 2.033.280 Kronen ausgemacht. So viel hatte lediglich aus dem Titel des Obdaches ein Wiener Arbeiter im Jahre 1914 als Steuer zu bezahlen gehabt! Heute beträgt seine Wohnbausteuer 10 S 80 g im Jahre. Nicht einen Groschen mehr! Irigendwelche andere das Obdach belastende Steuern gibt es überhaupt nicht. Das ist der Unterschied zwischen christlich-sozialer und sozialdemokratischer Steuerpolitik. Der Mittelständler, als dessen patentierte Stützen sich die christlich-sozialen immer aufgespielt haben, der sich eine Wohnung beispielsweise um 900 Kr. leistete, hatte damit eine Steuerlast von 378 Goldkronen oder 5.443.200 Papierkronen zu tragen. Heute macht seine Wohnbausteuer für das ganze Jahr dreißig Schilling aus. Wenn sich ein solcher Beamter oder Lehrer nicht zwei Hausgehilfinnen oder mehr hält, wenn er nicht Besitzer eines Autos ist, kein Besucher von vornehmen Restaurants oder Nachtlokalen, wenn er sich nicht an Kunstversteigerungen beteiligt oder gar ein Reitsperd hält, dann spürt er von allen den übrigen Gemeindeabgaben überhaupt gar nichts. Dieser Mittelständler mit seiner Steuerleistung von 300.000 Kr.

bleibt tief unter dem von Kunschaf errechneten Durchschnitt zurück. Unter der christlichsozialen Verwaltung mußte er bloß aus dem Titel des Wohnens schon unendlich mehr zahlen. Dabei darf man aber nicht auf die Verzehrungssteuer vergessen, die erst von den Sozialdemokraten abgeschafft worden ist. Vor allem ändern nicht auf die städtischen Monopole, die eine der ergiebigsten indirekten Steuerquellen der früheren Verwaltungen gewesen sind.

Die Autos des Herrn Kunschaf.

Die besondere Liebe des Stadtrates Kunschaf gehört den armen Automobilbesitzern. Wenn er von unserer Kraftwagenabgabe spricht, da findet er wirklich Töne der Leidenschaft. Die Steuer für ein Kleinauto beträgt 450 S jährlich. Wenn dieses Hindernis nicht wäre, dann würde in Wien nach den Schilderungen des Stadtrates Kunschaf jeder siebente Arbeiter, so wie in Amerika, sicherlich ein Auto halten. Die zehn bis zwölftausend Schilling Anschaffungskosten spielen gar keine Rolle. Die Aufwendungen für Benzin, Versicherung usw. haben natürlich gar nichts zu sagen. Offen bleibt vielleicht nur die Frage, ob so ein Wiener Arbeiter, der im vierten Stock eines Hinterhauses auf Zimmer und Küche wohnt, das Auto täglich in sein Logis mitnehmen oder auch noch die Kosten für den Bau einer Garage erschwingen wird. Das einzige Hindernis ist, wie gesagt, die Steuer von 450 S.

Wie aber war es denn im Jahre 1913? In jenen glücklichen Tagen, in denen es keine Automobilsteuer gab, aber dafür jeder Fahrgast der Straßenbahn städtischer Steuerzahler gewesen ist?

Auf Grund der mir vorliegenden Daten der Polizeidirektion kann ich feststellen, daß die Zahl der Privatautos in Wien im Juli 1914 insgesamt 1684 gewesen ist. Sie ist heute trotz der Steuer 3531, also mehr als doppelt so hoch. Es gibt aber doch außer Wien noch andere Bundesländer in Österreich. In diesen herrscht überall die christlichsoziale Partei. Man sollte meinen, daß dort jene Grundzüge, die Herr Kunschaf vertritt, längst verwirklicht worden sind.

In Wien wurde die Steuer für Lastautomobile gänzlich aufgehoben. Im christlichsozialen Niederösterreich zahlt ein Lastauto mit Anhängerwagen durchschnittlich nahezu 700 S Landessteuer.

Also viel mehr als in Wien die meisten Privatautos zahlen! Das ist eine wirkliche Verteuerung der Produktion. In Wien waren Motorräder immer abgabefrei. In Niederösterreich zahlt ein Motorrad mit Beiwagen 48 S. Auch daran läßt sich der Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Steuerpolitik recht gut erkennen.

Das Wiener Gas: das billigste der Welt.

Ich komme nun zu jenem anderen Kapitel, mit dem sich Herr Kunschak so eingehend beschäftigt hat: die Tarifpolitik der Gemeinde. Hier war er doch einigermaßen in Verlegenheit. Er mußte, ob er wollte oder nicht, eingestehen, daß die Gas- und Strompreise noch nicht valorisiert sind. Er ist allerdings in einem Nebensatz über diese Tatsache hinweggehuscht, die denn doch eine etwas eingehendere Betrachtung verdient. Nicht nur die Gas- und Strompreise, sondern auch der Tarif der Straßenbahn und der Wasserpreis sind unter dem Friedensstand. Das ist einzigartig in der ganzen Welt! Eine so vereinzelter Erscheinung ist doch zu auffällig, um nicht geprüft werden zu müssen. Vor allem soll festgestellt werden, um wieviel denn eigentlich die Gas- und Strompreise noch nicht valorisiert worden sind.

Im Frieden hat in Wien ein Kubikmeter Gas 17 Goldheller gekostet. Es gehört aber mit zu den christlichsozialen Methoden der Irreführung der Bevölkerung, daß außerdem noch eine sehr erhebliche Gasmesserrente zu bezahlen war. Sie wurde im Jahre 1916 für den fünfslammigen Gasmesser auf 60 Goldheller erhöht. Das macht also mehr als den Preis von drei Kubikmeter Gas aus. Bei dem ermittelten Durchschnittskonsum von jährlich 300 Kubikmeter für den Haushalt bedeutete die Gasmesserrente eine Verteuerung um volle 14 Prozent. Der wirkliche Gaspreis betrug also im Frieden 19.26 Goldheller.

Seither sind als neue Steuern die Wasserkraftabgabe und die Warenumsatzsteuer hinzugekommen. Beide Steuern inbegriffen beträgt jetzt der Gaspreis in Wien 19 g oder 13.57 Goldheller. Eine Gasmesserrente gibt es nicht.

Das Gas ist also in Wien gegenwärtig um 28.5 Prozent billiger als unter der christlichsozialen Verwaltung.

Dieses Ergebnis der sozialdemokratischen Tarifpolitik ist dem Herrn Kunschak natürlich sehr unangenehm. Er führt es auf ganz erstaunliche Fortschritte auf dem Gebiet der Verteuerung

und Dampfverwertung zurück. Mit Überraschung wird die Welt von diesen geheimnisvollen, ihr bisher anscheinend ganz unbekannt gebliebenen technischen Errungenschaften erfahren. Weder im übrigen Österreich noch im sonstigen Ausland scheint man sich diese Neuerungen zunutze gemacht zu haben. Sonst wäre es nämlich ganz unverständlich, wie es beispielsweise im ganz nahegelegenen Baden, dessen christlichsozialer Bürgermeister bis vor kurzem der gegenwärtige Finanzminister gewesen ist, der Gaspreis 35 Groschen beträgt. Dazu kommt noch eine besondere Gasmesserrente. Der Preis ist dort also doppelt so hoch als in Wien. Ebenso Salzburg und Graz, die 30 g, Wiener-Neustadt und Linz die 28 g, St. Pölten, das 30 g, und Willach, das sogar 45 g als Gaspreis nebst Gasmesserrente einhebt. Auch in Deutschland, in der Tschechoslowakei, in Holland und England scheint dieselbe technische Allseitigkeit zu herrschen. Wie wäre es anders zu erklären,

daß in Berlin die städtischen Werte 27 g und Gasmesserrente, die Gasgesellschaft in Berlin 32 g ohne Gasmesserrente verlangt? In Dresden ist der Preis 29, in Leipzig und Stuttgart 30, in München und Frankfurt 34 g. Dabei fast überall noch die Gasmesserrente. In Amsterdam, das wahrhaftig gut verwaltet wird, beträgt der Gaspreis sage und schreibe 34 g. Selbst in London, wo man gewiß alle technischen Errungenschaften sich zunutze zu machen versteht, 21 g.

In Österreich gibt es bekanntlich gar keine Gas Kohle. Wir müssen unseren ganzen Bedarf aus dem Ausland, hauptsächlich aus der Tschechoslowakei, einführen. Da ist es nun übrigens interessant, daß in dem mitten in den Kohlengebieten gelegenen Prag der Gaspreis volle 38 Groschen, also genau das Doppelte des Wiener Preises ausmacht. Dabei ist in Prag noch eine Gasmesserrente zu zahlen, die es in Wien nicht gibt. Das Märchen des Herrn Stadtrates Runschak von den wunderbaren Ersparnissen durch die Technik ist also, wie alle Märchen, nicht wahr. Wir haben auch den Betrieb modernisiert, wir verwerten die Nebenprodukte in weit größerem Maße, als dies früher geschehen ist. Aber das sind alles keine Geheimnisse gerade der Wiener Gaswerke und erklären also den Unterschied im Preis nicht. Das Geheimnis liegt ganz wo anders. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat eben aufgehört, die städtischen Monopole als Steuerschraube zu verwenden. Ferner erweist sich die unbedingte Wichtigkeit der vom Frühjahr 1919 trotz aller Widerstände befolgten Taktik, die Investitionen so-

weil als nur irgend möglich auf Betrieb zu nehmen und das ruindöse Schuldenmachen mit den mörderischen Zinsen zu vermeiden. Zu den Methoden sozialdemokratischer Verwaltung gehört es weiterhin, alles auf den Massenkonsum aufzubauen. Am 31. Dezember 1913 zählte das Gaswerk 211.815 Abnehmer. Am 14. März d. J. waren es bereits 355.704. Die Steigerung des Abfahes verringert naturgemäß die Regie.

Der Wiener Strompreis: der billigste der Welt.

Noch besser liegen die Verhältnisse bezüglich der Strompreise. Hier ist es wirklich möglich gewesen, durch den Ausbau der Wasserkräfte und die Art der Finanzierung des Baues gewaltige Verbilligungen zu erzielen. Die Nutzbarmachung von Wasserkräften ist aber leider keine sozialdemokratische Erfindung. Die Christlichsozialen hätten diese Methoden ja auch anwenden können. Sie sind aber lieber den bequemeren Weg gegangen. Unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen haben wir im Herbst 1921 mit dem Bau des Opponitzer Werkes begonnen. Die Herbeschaffung der einfachsten Arbeitsmaterialien ist damals ein wahres Kunststück gewesen. Als das Werk Anfang 1925 vollendet war, konnten wir in Wien den Kraftstrompreis um ein volles Achtel heruntersetzen. Nur deshalb, weil wir diese Wasserkräfte nicht mit kostspieligen Anlagen gebaut haben, sondern auf Grund der Wasserkräftabgabe, die fortgesetzt außerordentliche Abschreibungen ermöglicht. Ebenso wie beim Gas haben wir weiter den Absatz von Strom im weitesten Umfang gefördert. Während in der Vorkriegszeit elektrisches Licht förmlich ein Wertzeichen gehobener Lebenshaltung gewesen ist, hat sich in Wien in den letzten paar Jahren eine sprunghafte, an amerikanische Verhältnisse erinnernde Entwicklung vollzogen. Im Jahre 1918 wurden in Wien 135 Millionen Kilowattstunden Energie verkauft. Im Jahre 1925 trotz der industriellen Krise 278 Millionen Kilowattstunden. Ende 1918 war die Zahl der Anlagen 92.500, am 14. März 1926 hingegen 162.528. Die Zahl der Anlagen hat sich also ganz genau verdoppelt. Diese Bewegung geht weiter. In einigen Jahren wird es in Wien wohl nur mehr eine kleine Minderzahl von Wohnungen, Geschäftslokalen oder Betriebsstätten ohne elektrisches Licht, ohne elektrische Kraft geben.

Nun zu den Preisen. Die Sektowattstunde Licht hat im Frieden sieben Goldheller gekostet.

Sie kostet jetzt einschließlich Warenumsatzsteuer und Wasserkraftabgabe 3-61 Goldheller. Der Kraftpreis ist in Wien von drei Goldheller auf 1-736 Goldheller zuzüglich aller Abgaben gesunken. Licht und Kraft kosten also um wenig mehr als die Hälfte des Friedenspreises.

Wie sieht es diesbezüglich sonst in der Welt aus? Da haben wir also vor allem die Rewag. Sie hat das christlichsoziale Rezept der Aufnahme amerikanischer Anleihen befolgt. Die Wirkung ist, daß der Grundpreis für Licht pro Kilowattstunde 77-76 g beträgt. Dazu kommen aber noch die in den betreffenden Gemeinden eingehobenen Abgaben und die Warenumsatzsteuer. In Wien ist der Lichtpreis pro Kilowatt 52 g einschließlich aller Abgaben, daher um mehr als die Hälfte niedriger. Der Lichtpreis in Regenz ist 63, in Krems 65, in Graz 70, in Linz 72 S. In München sind 67-5, in Brünn 71-4, in Dresden, Leipzig, Frankfurt 76, in Hamburg 84 g zu bezahlen. Also überall weit mehr als in Wien!

Trinkwasser umsonst — früher gab's den Wasserheller!

Fünfunddreißig Liter Trinkwasser pro Kopf und Tag erhält jeder Bewohner Wiens unentgeltlich. In drei Vierteln aller Häuser wird, zumal wir ja auch die Wassermessergente abgeschafft haben, jahraus jahrein gar keine Rechnung mehr gesendet. Alle Lebensmittelbetriebe, die meisten Industrien zahlen für tausend Liter Hochquellenwasser vier Groschen. Den sechsten Teil dessen, was sie im Frieden zu zahlen hatten.

Die billigsten Straßenbahntarife!

Die Tarife der Straßenbahn wurden vollständig umgestaltet und den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung angepaßt. Der Zonentarif, der eine Bevorzugung aller jener Leute war, die nur kurze Strecken fuhren und also nicht auf die Benützung der Straßenbahn unbedingt angewiesen gewesen sind, ist verschwunden. Gingen wurden als Rücksichtnahme auf die werktätige Bevölkerung die Wochenkarte, die Hin- und Rückfahrkarte eingeführt. Die Vorverkaufskarten wurden durch erhöhte Spannung erst popularisiert. Die Streckenkarten wurden außerordentlich verbilligt. Der Kinder- und Schülerfahrpreis ist nur nominell und bedeutet eigentlich gar keine

Bahlung. Wir haben die Stadtbahn nicht nur unserem Versprechen gemäß elektrifiziert und damit ein technisches Problem gelöst. Durch die restlose Einfügung in das Straßennetz mit uneingeschränkter Benützungsmöglichkeit auf Grund der Einheitskarre wurde die Stadtbahn erst zum wirklichen Leben erweckt.

Verschulden soll sich Wien; die Forderung der Christlichsozialen!

Der größte Schmerz der Christlichsozialen ist es, daß wir uns nicht auf den Weg der Verschuldung drängen lassen. Es wäre ihnen natürlich außerordentlich erwünscht, eine Art Gegenstück zur Völkerbundanleihe zu schaffen, uns über den Umweg von Anleihen unter die Botmäßigkeit ausländischen Finanzkapitals zu bringen. Es war natürlich kein Zufall, daß die Vertreter amerikanischer Banken, die sich für eine Wiener Anleihe interessierten, immer wieder die Frage aufwarfen, welche Steuern dann die Gemeinde ermäßigen würde. Es ist ihnen dies natürlich von ihren Wiener Freunden auf den Weg zu mir mitgegeben worden. Sie haben aber damit kein Glück gehabt.

Es ist genug an der einen Genser Vormundschaft, an diesem schmachvollen Schauspiel, daß Österreich den Ertrag des Tabakmonopols und alle Zölle für die Völkerbundanleihe verpfänden mußte.

Dennoch aber müssen die Vertreter Österreichs Jahr für Jahr förmlich Betteln gehen, daß ihnen Teile dieser Anleihe freigegeben werden, die wir noch verzinsen und bis auf den letzten Groschen rückzahlen müssen.

Das Geld liegt im Ausland und wird nach unbefristeter gebliebener Behauptung dem Staat mit zwei Prozent verzinst, während die Kosten der Völkerbundanleihe über neun Prozent ausmachen. An dem Anleiherest, der jetzt noch draußen deponiert ist, verlieren wir an Zinsen in einem einzigen Jahre mehr als zweihundert Milliarden Kronen.

Ein Seitenstückchen zu dieser Schande zu schaffen, die uns die Christlichsozialen eingewirtschaftet haben, wäre dieser Partei sehr angenehm. Wir werden eine Anleihe dann aufnehmen, wenn uns dies in jeder Beziehung als richtig erscheint. Es ist geradezu kindisch, wenn es als das höchste Ziel einer Volkswirtschaft und einer öffentlichen Verwaltung hingestellt wird, A u s l a n d z -

Schulden zu machen. Gewiß ist Steuerzahlen kein Vergnügen und in so schweren Zeiten, wie sie der Krieg uns hinterlassen hat, oft eine überaus harte Sache. Die Bevölkerung hat aber doch die große Beruhigung, daß dieses Geld restlos im Inland bleibt und wieder der Volkswirtschaft zufließt.

Die Zinsen der Völkerbundanleihe aber bedeuten eine unausgesetzte Schwächung Österreichs, einen Tribut, den wir im Ausmaß von jährlich tausend Milliarden Kronen den Ausländern bezahlen.

Das Organ der Christlichsozialen hat in den letzten Tagen wieder in eindringlichster Weise die Gemeindeverwaltung daran gemahnt, Schulden zu machen und sich dabei den wunderbaren Satz geleistet: „Wer es umgekehrt hält, gilt als wirtschaftlich unzurechnungsfähig und wenn er ein Privater ist, droht ihm die Entmündigung.“ So also spiegelt sich die Welt im Hirn eines Christlichsozialen! Ein Privater also, der keine Schulden machen will, müßte, nach Auffassung des christlichsozialen Regierungsblattes entmündigt werden und sein Ruozator würde dann das Aufnehmen der Schulden bejorgen!

Verschuldung bedeutet Vermehrung, nicht Herabsetzung der Steuern!

Wie wir dabei ausschauen würden, ist auch durch ein Rechenexempel leicht zu erweisen. Wir werden bis Ende 1928 für Wohnbauten und Grundkäufe zumindest 300 Millionen Schilling ausgeben. Gätten wir dies auf dem Anleiheweg bestritten, so wäre der Ertrag der Wohnbausteuer restlos aufgezehrt. Denn der ganze Ertrag der Wohnbausteuer würde für die Verzinsung und Tilgung der Anleihe nicht einmal hinreichen. Wir stünden also unmittelbar vor der Frage, ob der Wohnhausbau ganz außerordentlich vermindert werden soll, was nicht nur eine furchtbare Enttäuschung für alle Wohnungsbedürftigen, sondern eine grauenvolle Vermehrung der Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Es bliebe noch ein anderer Ausweg. Da man ja doch nicht ernsthaft daran denken kann, daß wir ein zweites solches Anlehen bekommen könnten, müßten wir die Wohnbausteuer glatt verdoppeln, um auf diese Weise Mittel zur Fortsetzung des Wohnbaues zu schaffen. Das gilt selbstverständlich auch für jede andere Art von Investition. Es sind also lächerliche Hoffnungen auf Steuerherabsetzungen, die aus Schuldenmachen geknüpft werden. Genau das Gegenteil ist wahr. Das wissen die Christlichsozialen

genau so gut wie wir. Im Frühjahr 1919 hat in diesem Saal Herr Dr. R i e n b ö c k uns den — ich darf wohl sagen — t e u f l i s c h e n R ä t gegeben, die Erhöhung des Straßenbahntarifes von 20 auf 40 Heller zu unterlassen und statt dessen eine Anleihe aufzunehmen.

Wäre wir nach dem R i e n b ö c k s c h e n Rezept vorgegangen, würden die städtischen Unternehmungen längst in den Händen der Banken sein, wie dies der Bürgermeister Doktor Weiskirchner mit seinem Antrag auf Verkauf eines Teiles der Gaswerke an die Länderbank 1919 im provisorischen Gemeinderat einleiten wollte.

Ebenso wenig ist es möglich, Aufwendungen, die nicht den Zinsendienst selbst besorgen können, durch Anleihen zu bestreiten. Jetzt möchte der Herr Stadtrat Runschak uns dazu bringen, für Wohnhausbauten Anleihen aufzunehmen. Die nächste Folge wäre selbstverständlich das Verlangen, daß die Bewohner in den Gemeindefhäusern derart hohe Mietzinse zahlen müßten, daß damit die Zinsen und die Rückzahlung der Anleihe bestritten werden können. Das würde zumindest den 2400 Ofachen Mietzins bedeuten. Dann wäre die Bahn selbstverständlich frei für die A u f h e b u n g des M i e t e r s c h u k e s, für dieses heißeste Ziel der christlichsozialen Partei.

Tausende Milliarden würden jährlich an Zinsen ins Ausland gehen!

Stadtrat Runschak hat sich darüber aufgeregt, daß ein Wiener im Durchschnitt 130 Schilling jährlich an Abgaben bezahlen müsse. Ich habe die Unrichtigkeit dieser Behauptung nachgewiesen. Aber selbst wenn sie wahr wäre,

was bedeutet diese Belastung, für die doch schließlich das ganze Schulwesen in Wien erhalten, alle Fürsorgeeinrichtungen betrieben, Straßen, Kanäle, Häuser gebaut, die Feuerwehrlinien unterhalten wird, kurz eine Fülle unentbehrlichster und nützlichster Einrichtungen für die Gesamtbevölkerung dasteht, gegenüber jener unvergleichlich größeren Belastung durch die Lockerung und Abschaffung des Mieterschutzes?

Das würde sich nicht vollziehen zugunsten der Allgemeinheit, sondern von höchstens 20.000 Personen. Darunter die tote Hand, Klöster und Stifte, darunter mit sicherlich rund der Hälfte aller Wiener Wohnungen und Geschäftslokale Ausländer.

UNIVERSITÄT
BIBLIOTHEK
Eine unerhörte, tausende Milliarden umfassende Summe würde alljährlich als ein die Volkswirtschaft völlig erschöpfender Tribut ohne jedwede Gegenleistung in das Ausland abströmen.

Das Ausland hat in den Inflationsjahren für einen Pappenstiel, von der christlichsozialen Bundesregierung durch kein Gesetzesverbot gehindert, Wiener Häuser zusammengekauft. Das Ausland ist auch jetzt noch kaufkräftig und beutehungrig. Wenn nur einige Hoffnung winkt, daß die verhängnisvollen Pläne der Regierung sich verwirklichen, werden sich die Ausländer neuerlich auf die Wiener Häuser stürzen, und das Werk der Verflaubung Wiens vollenden. Die Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser hat Stadtrat Kunschak auf dem Wiener Parteitag als Ziel proklamiert. Er meint, daß solche Wirtschaftspolitik die Wiederaufrichtung des Volkes und des Vaterlandes bringen, Wien zur glücklichen frohen Stadt an der Donau machen werde. Wir aber wissen, daß

die Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser das Ende allen Glückes und allen Frohsinnes sein wird.

Wir werden mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern wissen. Wenn Wien trotz Krieg und Niederlage, trotz Zerreißung des Wirtschaftsgebietes sich noch ein bißchen Glück und Frohsinn bewahrt hat, so danktes dies einzig und allein der seit 1919 rastlos betriebenen Aufbauarbeit der Gemeinde. Diese Arbeit vermindert immerhin die Zahl der Arbeitslosen um Zehntausende, der großzügige in der Welt beispiellos dastehende Fürsorgeapparat lindert das Elend, ein modernes Schulwesen rüstet die Jugend für den künftigen Lebenskampf besser als je vorher, 25.000 neue gesunde Wohnungen, auf deren Vollendung immer weitere folgen werden, verbessern einschneidend die Lebenshaltung eines großen Teiles der Wiener Bevölkerung.

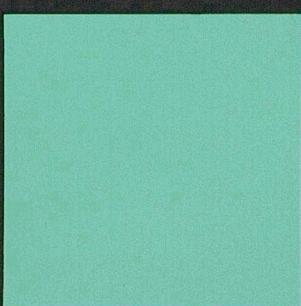
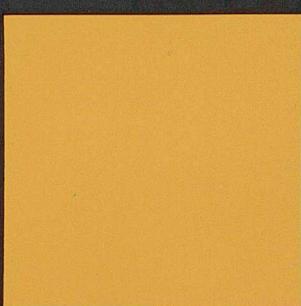
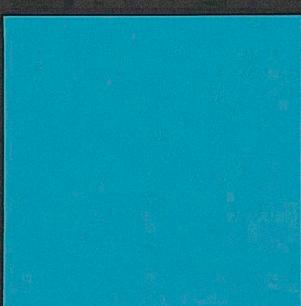
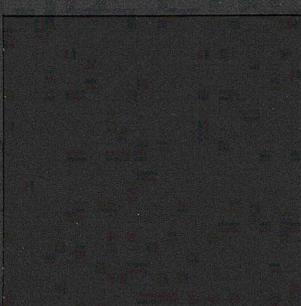
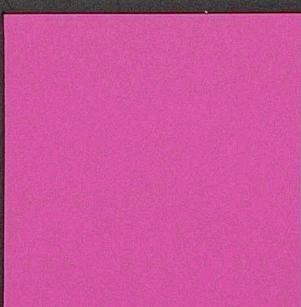
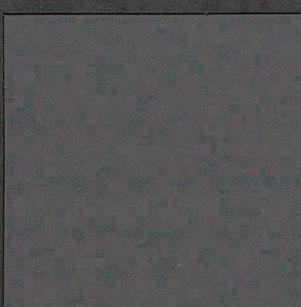
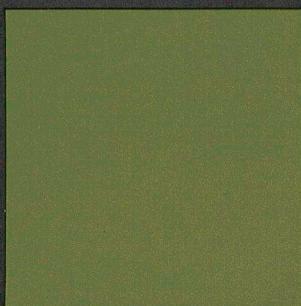
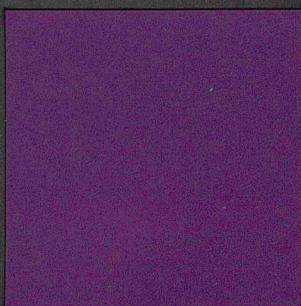
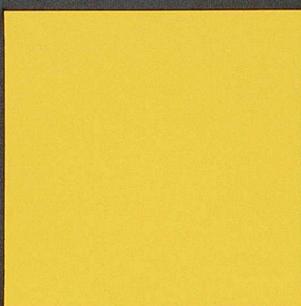
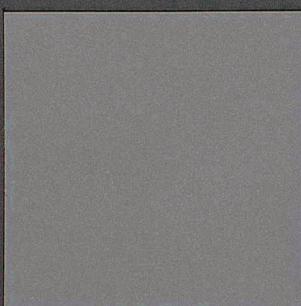
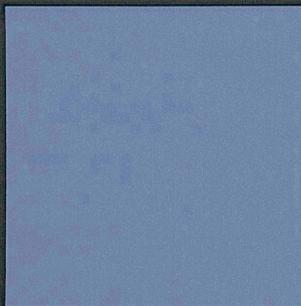
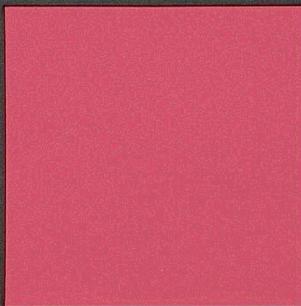
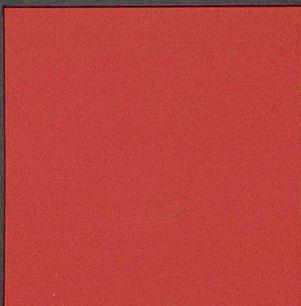
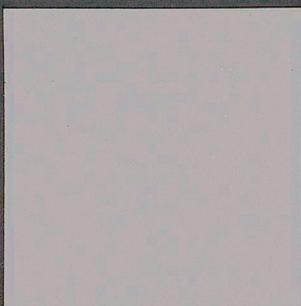
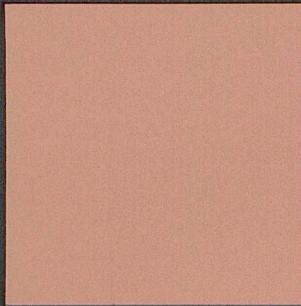
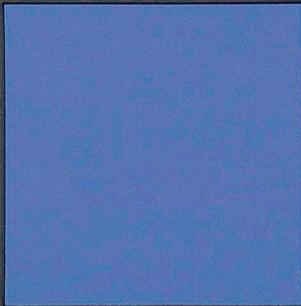
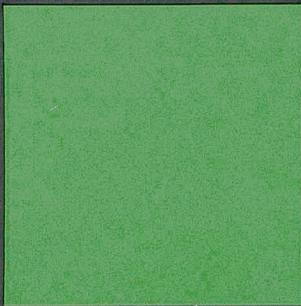
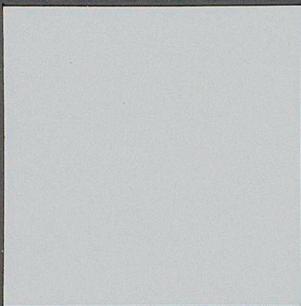
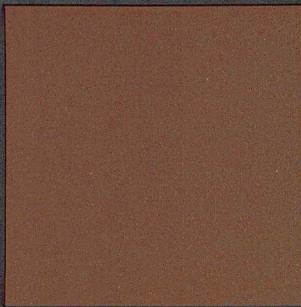
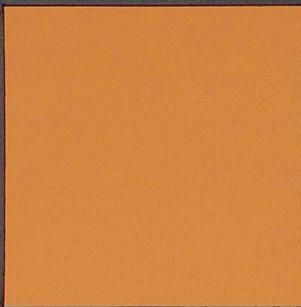
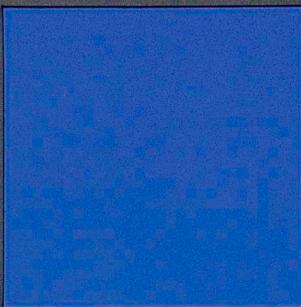
Unentwegtes Festhalten am Mieterschutz wird verhindern, was das Streben der im Lager der Christlichsozialen vereinigten Bürgerlichen ist, daß die breiten Massen der Bevölkerung, wie es früher immer gewesen ist, auch diesmal allein die Kriegskosten bezahlen. Dem neuen Wien des werktätigen Volkes gilt unsere Arbeit und nur auf diese Weise wird Wien wieder glücklich und froh werden.

380/80/40995(5)

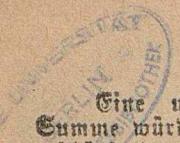
x13<8040995500013

x-rite

colorchecker CLASSIC



100mm



Eine unerhörte, tausende Milliarden umfassende Summe würde alljährlich als ein die Volkswirtschaft völlig erschöpfender Tribut ohne jedwede Gegenleistung in das Ausland abströmen.

Das Ausland hat in den Inflationsjahren für einen Pappenstiel, von der christlichsozialen Bundesregierung durch kein Gesetzesverbot gehindert, Wiener Häuser zusammengekauft. Das Ausland ist auch jetzt noch kaufkräftig und beutehungrig. Wenn nur einige Hoffnung winkt, daß die verhängnisvollen Pläne der Regierung sich verwirklichen, werden sich die Ausländer neuerlich auf die Wiener Häuser stürzen, und das Werk der Verklabung Wiens vollenden. Die Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser hat Stadtrat Rumschal auf dem Wiener Parteitag als Ziel proklamiert. Er meint, daß solche Wirtschaftspolitik die Wiederaufrichtung des Volkes und des Vaterlandes bringen, Wien zur glücklichen frohen Stadt an der Donau machen werde. Wir aber wissen, daß

die Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser das Ende allen Glückes und allen Frohsinnes sein wird.

Wir werden mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft die Verwirklichung dieser Pläne zu verhindern wissen. Wenn Wien trotz Krieg und Niederlage, trotz Zerreißen des Wirtschaftsgebietes sich noch ein bißchen Glück und Frohsinn bewahrt hat, so dankt es dies einzig und allein der seit 1919 rastlos betriebenen Aufbauarbeit der Gemeinde. Diese Arbeit vermindert immerhin die Zahl der Arbeitslosen um Zehntausende, der großzügige in der Welt beispiellos dastehende Fürsorgeapparat lindert das Elend, ein modernes Schulwesen rüstet die Jugend für den künftigen Lebenskampf besser als je vorher, 25.000 neue gesunde Wohnungen, auf deren Vollendung immer weitere folgen werden, verbessern einschneidend die Lebenshaltung eines großen Teiles der Wiener Bevölkerung.

Unentwegtes Festhalten am Mieterschutz wird verhindern, was das Streben der im Lager der Christlichsozialen vereinigten Bürgerlichen ist, daß die breiten Massen der Bevölkerung, wie es früher immer gewesen ist, auch diesmal allein die Kriegskosten bezahlen. Dem neuen Wien des werktätigen Volkes gilt unsere Arbeit und nur auf diese Weise wird Wien wieder glücklich und froh werden.

